

Wissenschaftliche Tagung »25 Jahre Deutsche Einheit: Wo stehen wir – wie geht es weiter?«

3

Wissenschaftliche Tagung »25 Jahre Deutsche Einheit: Wo stehen wir – wie geht es weiter?«

am 8. Oktober 2015, 09:00 Uhr bis 17:00 Uhr

Begrüßung und Einführung

Prof. Dr. Marcel Thum

Geschäftsführer der ifo Niederlassung Dresden

»Konvergenz oder Holländische Krankheit?«

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Werner Sinn

Präsident des ifo Instituts

»Der ostdeutsche Arbeitsmarkt: Erfolge und Herausforderungen«

Prof. Michael C. Burda

Direktor des Instituts für Wirtschaftstheorie

an der Humboldt-Universität zu Berlin

»Lebenszufriedenheit in Ostdeutschland«

Prof. Dr. Gert Wagner

Vorstandsmitglied des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin

»Politik in Ostdeutschland – Besonderheiten und Anpassungsprozesse«

Prof. Dr. Astrid Lorenz

Lehrstuhl Politisches System der Bundesrepublik Deutschland/Politik in Europa an der Universität Leipzig

»Ostdeutschlands demographische Entwicklung: Vorreiter oder Verlierer?«

Dr. Reiner Klingholz

Direktor des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung

»25 Jahre Deutsche Einheit: Eine kritische Sicht aus politischer Perspektive«

Prof. Dr. Georg Milbradt

Ministerpräsident a.D. und Technische Universität Dresden



Vortrag Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Werner Sinn

Am 3. Oktober 2015 wurde der 25. Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung gefeiert. Das Ende der Teilung eröffnete große Chancen und neue Entwicklungsmöglichkeiten. Heute zeigen sich enorme Fortschritte, die bei der Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen erreicht wurden. Aber nicht alle anfänglichen Erwartungen konnten erfüllt werden.

Anlässlich dieses Jubiläums veranstaltete das ifo Institut eine wissenschaftliche Tagung, die die wichtigsten Aspekte der wirtschaftlichen Entwicklung in den ostdeutschen Bundesländern seit 1991 nachzeichnete, Erfolge und Misserfolge auf dem jeweiligen Gebiet bilanzierte und Perspektiven für die Zukunft aufzeigte. Einige Beiträge, die sich auf die Vorträge der Tagung beziehen, sind hier im Anschluss veröffentlicht.



Vortrag Prof. Dr. Georg Milbradt

Was lehrt uns die deutsche Vereinigung für die europäische Fiskalunion?¹

4



Gerlinde Sinn*



Hans-Werner Sinn**

Die deutsche Vereinigung war ein Glücksfall der Geschichte, und sie war ihren Preis wert. Die Regierungen von Helmut Kohl, George Bush und Michail Sergejewitsch Gorbatschow haben gegen vielfachen europäischen Widerstand eine geschichtliche Großtat vollbracht. Ohne Blutvergießen verabschiedete sich das kommunistische Regime aus der Geschichte, und die neuen Bundesbürger konnten an der Freiheit und am Wohlstand ihrer westdeutschen Landsleute teilhaben.

Viele denken nun, dass man Europa nach dem gleichen Muster vereinigen könne. Der französische Staatspräsident François Hollande und sein junger Wirtschaftsminister Emmanuel Macron fordern seit dem Sommer mit Macht eine Fiskalunion mit einem gemeinsamen Budget, einer Vergemeinschaftung der Alt-schulden, einem gemeinsamen Finanzminister und einem gemeinsamen Parlament. Dieser Vorstoß kommt insbesondere in Brüssel und Südeuropa gut an, da er scheinbar eine Lösung der vielfältigen Strukturprobleme und der zum Teil hoffnungslosen Überschuldung dieser Länder verspricht. Doch ganz so überzeugend, wie es auf den ersten Blick scheinen mag, sind die Argumente für eine Übertragung des deutschen Beispiels auf Europa nicht, denn Deutschland hat sich für einen besonders teuren und ökonomisch bedenklichen Vereinigungsweg entschieden, der die Entwicklung der neuen Bundesländer unnötig verlangsamt hat. Eine Übertragung dieses Weges auf die europäische Währungsunion ist weder möglich noch erstrebenswert.

Zunächst einmal fehlt für eine Wiederholung des Experiments in Europa das Zusammengehörigkeitsgefühl, wie es innerhalb einer Nation vorhanden ist. Weder in Frankreich noch in anderen Ländern ist der Wille erkennbar, den echten Versiche-

rungsvertrag auf Gegenseitigkeit zu gründen, den ein gemeinsames Staatswesen impliziert. Wie die Geschichte der USA und der Schweiz beweisen, gehört zu einem solchen Versicherungsvertrag zwingend ein gemeinsames Machtzentrum in Form einer Regierung nebst Armee, Polizeigewalt und Justiz, das dem Staat nach innen und außen die nötige Autorität verschafft. An die dafür erforderliche Aufgabe an Souveränität ist insbesondere von französischer Seite gar nicht zu denken.

Vor allem kommt eine Wiederholung der deutschen Fiskalunion auf europäischer Ebene schon deshalb nicht in Betracht, weil sie extrem teuer wäre. Das zeigt ein Blick auf die Größe der von Einkommenstransfers betroffenen Bevölkerungsgruppen. In Deutschland mussten 79 Westdeutsche 21 Ostdeutsche mitfinanzieren. Bei einer Vereinigung der Eurozone müssten je 62 Personen in den noch halbwegs gesunden Ländern 38 Personen in den fünf Krisenländern Südeuropas mitfinanzieren. In den Gebirgländern wäre die Last pro Kopf unter sonst gleichen Voraussetzungen mehr als doppelt so groß wie bei der deutschen Vereinigung. Und würde man gar Frankreich selbst mit zu den Empfängerländern rechnen, wäre die Last gar fünf Mal so groß.

Nach Berechnungen des ifo Instituts fließen noch immer jährlich Mittel im Umfang von netto etwa 70 Mrd. Euro von Westdeutschland nach Ostdeutschland. In der Summe aller Jahre dürften die Finanztransfers bis heute bei etwa 1 750 Mrd. Euro gelegen haben, was 27 900 Euro pro Westdeutschen entspricht. Rechnet man diese Zahlen bei gleichen Pro-Kopf-Transfers hoch, käme man bei einer europäischen Vereinigung über 25 Jahre gerechnet auf 13 800 Mrd. Euro, was sich bei den noch gesunden Ländern der Eurozone auf 66 000 Euro pro Kopf belaufen würde. Gut, vielleicht ist Südeuropa produktiver als die neuen Bundesländer, so dass man nicht gar so viel Geld benötigen würde. Dennoch wird man mit erdrückenden Zahlungsverpflichtungen rechnen können, zumal ja Frankreich selbst mit zu den Empfängerländern zählen könnte.

* Gerlinde Sinn ist Wirtschaftswissenschaftlerin und lehrt an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

** Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Werner Sinn ist Präsident des ifo Instituts und Professor für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

¹ Auch erschienen unter dem Titel »Die deutsche Vereinigung als Vorbild für Europa?« in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, 2. Oktober 2015, S. 22.

Nun könnte man meinen, bei den im Rahmen einer Fiskalunion von Frankreich verlangten Geldtransfers werde es sich nur um vorübergehende Ausgaben handeln, um eine Hilfe zur Selbsthilfe, die die derzeit kriselnden Länder in die Lage versetzt, sich auf absehbare Zeit wieder selbst zu finanzieren. Doch auch für eine solche Sicht bietet das deutsche Beispiel wenig Anhaltspunkte, denn der Mittelfluss führt zu Gewöhnungs- und Lähmungseffekten, die die reale Konvergenz der Wirtschaftsleistung verhindern.

So ist die wirtschaftliche Konvergenz zwischen Ost- und Westdeutschland bereits zu Mitte der 1990er Jahre zum Stillstand gekommen. Seit 1995 wuchs das BIP der neuen Länder nicht mehr schneller, sondern langsamer als das der alten Länder. Während das BIP in den alten Ländern von 1995 bis 2015 um 30% zulegen, stieg es in den neuen Ländern nur um 23%.

Dass, wie Abbildung 1 zeigt, das nominale BIP je Kopf in den neuen Ländern von 1995 bis 2013 gleichwohl noch von 67% des Westniveaus auf 71% anstieg, lag allein an der unterschiedlichen Bevölkerungsentwicklung. Immerhin sind in den 19 Jahren vom Beginn des Jahres 1995 bis zum Ende des Jahres 2013 nochmals netto knapp 800 000 Men-

schen von Ost- nach Westdeutschland abgewandert, nach 700 000 in den Jahren davor.

Bezieht man das Bruttoinlandsprodukt statt auf die Bevölkerungszahl auf die Beschäftigung, so errechnet sich zwar eine höhere Konvergenz. Das ist jedoch kein sonderlich relevantes Maß, weil sich die so gemessene betriebliche Arbeitsproduktivität durch Lohnerhöhungen und die damit einhergehende Eliminierung minderproduktiver Arbeitsplätze jederzeit in nahezu beliebige Höhen treiben lässt.

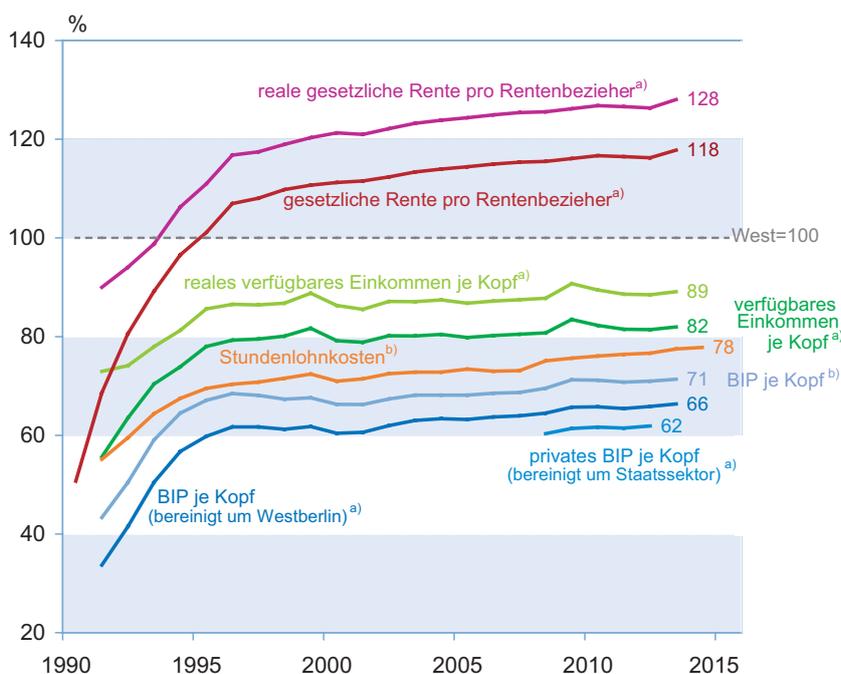
In Wahrheit ist es um die Konvergenz der Wirtschaftsleistung noch wesentlich schlechter bestellt. Man muss nämlich bedenken, dass das BIP der neuen Länder auch die Wirtschaftsleistung Westberlins umfasst. Bereinigt man den Konvergenzwert um den Effekt Westberlins, indem man das exkommunistische Gebiet dem Gebiet der Bundesrepublik einschließlich Westberlins gegenüberstellt, kommt man für das Jahr 2013 im Osten nur auf ein BIP je Kopf von 66% des Westniveaus.

Ferner sollte man bedenken, dass das BIP im Osten durch die Lohnangleichung im Staatssektor künstlich aufgebläht wurde. So liegt das privat erzeugte ostdeutsche BIP je Kopf nur bei 62% des Westniveaus. Das ist wahrlich kein Anlass, über eine gelungene Konvergenz zu jubilieren.

Allein der Lebensstandard der Bevölkerung in den exkommunistischen Gebieten hat sich inzwischen zufriedenstellend entwickelt. Das wird durch die Kurve des verfügbaren Einkommens je Kopf dargestellt, die im Jahr 2013 einen Endwert von 82% des Westniveaus erreichte. Bedenkt man, dass die Preise im Osten noch um ca. 8% niedriger als im Westen liegen dürften, ergibt sich in realer Rechnung sogar eine Konvergenz des Lebensstandards auf 89% des Westniveaus. Dies ist zum Teil das Ergebnis eines progressiven Steuersystems, das automatisch zu einer Umverteilung von West nach Ost führt. Es ist aber auch auf die Transfers durch den gemeinsamen Bundesetat, den Solidarpakt II und das Rentensystem zurückzuführen.

Den Effekt des staatlichen Rentensystems erkennt man an den beiden oberen Kurven des Dia-

Abb. 1
Konvergenz zwischen Ost- und Westdeutschland



^{a)} Gebiet der Ex-DDR relativ zu Gebiet der ehemaligen Bundesrepublik inklusive Westberlin.

^{b)} Neue Bundesländer (inklusive Gesamtberlin) relativ zu alten Bundesländern (ohne Westberlin).

Quelle: Statistische Ämter der Länder, Deutsche Rentenversicherung; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

gramms. Nominal stehen die Renten je Rentenbezieher in Ostdeutschland derzeit bei 118% des Westniveaus und real gar bei 128%. Diese Werte sind auf die großzügige Überführung der Ost-Biographien in das westdeutsche Rentensystem zurückzuführen, wodurch insbesondere auch die langen und ungebrochenen Erwerbsbiographien Berücksichtigung fanden. Zur Konvergenz des real verfügbaren Einkommens pro Einwohner hat zusätzlich die hohe Frauenerwerbstätigkeit in den neuen Ländern beigetragen, weil sie die Zahl der Rentenbezieher vergrößert hat. Die hohen staatlichen Renten kompensieren für die im Osten meistens fehlende private Altersvorsorge.

Was ist der Grund für die fehlende Konvergenz bei der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit? Nach unserer Meinung liegt er in der überaus raschen Lohnangleichung. Zu dieser Angleichung kam es, weil westdeutsche Arbeitgeberverbände und westdeutsche Gewerkschaften Niederlassungen in Ostdeutschland gründeten, die dann, noch vor der Privatisierung der Treuhandbetriebe, stellvertretend für die Ostdeutschen langfristige Lohnverhandlungen durchführten. Die vom Westen gesteuerten Verbände forderten die Lohnangleichung, um ihre eigenen Arbeitsplätze davor zu schützen, dass sich internationale Investoren der ostdeutschen Betriebe bemächtigen und der westdeutschen Industrie mit neuen Verfahren und neuen Produkten eine Niedriglohnkonkurrenz bereiten würden. Wenn die Japaner kommen wollten, so die heimliche Devise, dann sollten sie gefälligst auch westdeutsche Löhne zahlen.

Die Folge der Stellvertreter-Lohnverhandlungen war, dass die Stundenlohnkosten wesentlich schneller als die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität im Sinne des BIP pro Kopf anwuchsen. Durch die Eins-zu-Eins-Währungsumstellung sprangen die relativen Stundenlohnkosten zunächst von 7% auf 30% des Westniveaus; danach wurden sie durch die Lohnverhandlungen auf mittlerweile 78% des Westniveaus und damit weit über den Wert von 62% hinaus geschoben, der die wahre Konvergenz der privaten Wirtschaft misst. Es ist allzu verständlich, dass die internationalen Investoren, die schon mit den Hufen gescharrt hatten, ihre Pläne unter diesen Umständen revidierten und nun doch nicht mehr kommen wollten. Sony hat selbst das einst am Potsdamer Platz in Berlin geplante Headquarter für seine Europageschäfte inzwischen wieder geräumt.

So ist es nun einmal. Investitionen ziehen zwar Lohnsteigerungen nach sich, weil sie die Arbeitsnachfrage steigern, doch können die Löhne den Investitionen nicht vorauslaufen, weil die Investoren dann gar nicht mehr kommen. Wie bei der Drehtür am Flughafen kommt man nur mäßigen Schrittes hindurch; wenn man drängelt, bleibt die Tür stehen.

Nur durch massive Steuervergünstigungen konnte trotz der Lohndrängerei ein gewisses Maß an neuer wirtschaftlicher

Aktivität angeregt werden. Die steuerlichen Subventionen betrug vielfach mehr als 100% der vom Markt verlangten Kapitalkosten, denn die tatsächlichen Kapitalkosten wurden durch die Subventionen in den negativen Bereich gedrückt. Das regte zwar Investitionen in kapitalintensive Wirtschaftszweige und in Immobilien an, doch entstanden dort nur wenige Arbeitsplätze.

So gingen drei Viertel der Industriearbeitsplätze der DDR ersatzlos verloren. Während im Verarbeitenden Gewerbe der DDR zur Zeit der Wende 4,08 Millionen Personen beschäftigt waren, zählt man in den neuen Bundesländern inklusive Westberlins heute nur noch 990 000. Auf dem Gebiet der Ex-DDR, also ohne Westberlin, dürfte sich die Zahl der ostdeutschen Stellen im Verarbeitenden Gewerbe auf etwa 920 000 belaufen. Viele neue Arbeitsplätze entstanden zwar im Bau und im Dienstleistungssektor, also in Bereichen, die dem internationalen Wettbewerb weniger stark ausgesetzt sind. Dennoch lag die Arbeitslosenquote in den neuen Ländern (einschließlich Berlin) bis 1995 bei etwa 15%. Erst in letzter Zeit hat sich diese Quote – nicht zuletzt durch Abwanderung und Frühverrentung – auf 9,0% gesenkt. Auch das ist immer noch deutlich mehr als in Westdeutschland, wo die Quote derzeit bei 5,8% liegt.

Mit der Sozialunion, die im Sommer des Jahres 1990 zwischen West- und Ostdeutschland geschlossen und dann durch den Einigungsvertrag verfestigt wurde, hat man die Konsequenzen der Massenarbeitslosigkeit durch Sozialtransfers abgefedert. Eine besondere Rolle spielte dabei die Arbeitslosenhilfe, jenes zweite Arbeitslosengeld, das nach dem Auslaufen der Bezugsdauer für das erste Arbeitslosengeld damals unbefristet – notfalls bis zum Rentenalter – gewährt wurde.

Die Sozialtransfers haben aber nicht nur die Not der Arbeitslosen gemindert, sondern umgekehrt auch selbst Arbeitslosigkeit erzeugt, weil sie als Lohnersatz Einkommen zugleich Mindestlöhne definierten, unter denen die Arbeitnehmer der neuen Länder verständlicherweise nicht bereit waren zu arbeiten. Man kann es niemandem verdenken, wenn er nicht bereit ist, für weniger zu arbeiten, als der Staat bereits ohne Arbeit zur Verfügung stellt. Die durch die Stellvertreter-Lohnverhandlungen künstlich aufgeblähten Löhne wurden auf diese Weise dauerhaft verfestigt. So gesehen halfen die Sozialtransfers, ein stagnierendes Gleichgewicht zu erzeugen, bei dem das Potenzial, das eine funktionierende Marktwirtschaft eröffnet, nicht ausgenutzt wird.

Ostdeutschland hat damit den Vorsprung verspielt, den es gegenüber den anderen Ex-Comecon-Ländern beim Eintritt in die EU hatte. Da die anderen Länder erst um das Jahr 2005 der EU beitraten, hätte man bei der Integration in den westeuropäischen Markt mit 300 Millionen Konsumenten einen Vorsprung von eineinhalb Jahrzehnten nutzen können.

Mit einer Niedriglohnstrategie, verknüpft mit entsprechenden Eigentumsrechten am ehemals volkseigenen Vermögen, wie wir es damals in unserem Buch »Kaltstart« gefordert hatten, hätte man ein Wirtschaftswunder ähnlich wie in Irland erzeugen und sich für neue Produkte und mit neuen Firmen eine Marktposition erarbeiten können. Neues Kapital wäre in Ostdeutschland investiert worden und hätte die Nachfrage nach Arbeitskräften steigen lassen. So hätten die Gewerkschaften dauerhaft höhere Löhne durchsetzen können, ohne die Wettbewerbsfähigkeit zu senken, vermutlich höhere Löhne, als heute gezahlt werden.

Das Wanderungsargument, das damals immer wieder gegen eine andere Lohnstrategie vorgebracht wurde, hat nicht viel getaugt. Es wäre besser gewesen, die neuen Bundesbürger im Westen arbeiten zu lassen, statt sie im Osten in einer erzwungenen Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Angesichts der von der Bundeskanzlerin aktuell bekundeten Fähigkeit Deutschlands, Millionen von Flüchtlingen aus wenig entwickelten Ländern in den Arbeitsmarkt zu integrieren, wirkt dieses Argument im Nachhinein weit hergeholt. Im Übrigen sind ja, wie erwähnt, insgesamt eineinhalb Millionen Menschen per saldo gen Westen gezogen. Ohne die künstlich betriebene Lohnkonvergenz hätte es vermutlich deutlich mehr Jobs im Osten und vielleicht sogar weniger Wanderung gegeben.

Als Gerhard Schröder im Jahr 2004 mit seiner Agenda 2010 auf die Notbremse trat und insbesondere in den neuen Ländern die Lohnskala nach unten hin öffnete, indem er die Arbeitslosenhilfe abschaffte und eine um einen Lohnzuschuss ergänzte Sozialhilfe – das heutige Arbeitslosengeld II – an ihre Stelle setzte, war es für die Eroberung der westeuropäischen Märkte zu spät. So segensreich sich die Agenda 2010 für den deutschen Arbeitsmarkt insgesamt ausgewirkt hat, sie konnte nichts daran ändern, dass viele nationale und internationale Investoren über die neuen Bundesländer hinweg gleich nach Polen, Ungarn, Tschechien oder die Slowakei sprangen, wenn sie ihre Kapazitäten ausweiten wollten.

Die neuen Bundesländer werden noch lange Zeit unter dem Phänomen der »Holländischen Krankheit« leiden. Holland hatte in den 1960er Jahren Gas gefunden und wurde durch den Gasverkauf reich. Mit den Einnahmen aus dem Gasverkauf im Ausland wurden die Löhne im Staatssektor und in der Energiewirtschaft kräftig erhöht. Das belebte die Binnensektoren und die Importe, unterminierte jedoch die Wettbewerbsfähigkeit der Exportwirtschaft, die wegen der Konkurrenz am Arbeitsmarkt gezwungen war, die höheren Löhne ebenfalls zu zahlen. Erst als mit dem Wassenaar-Abkommen von 1982 und wegen des Rückgangs der Gasextraktion eine Lohnmoderation einsetzte, konnte sich die Wirtschaft allmählich wieder berappeln. Die neuen Bundesländer haben zwar kein Gas verkauft, doch die Geldtransfers

aus dem Westen hatten und haben die Implikation, ein Leben mit Löhnen oberhalb der eigenen Produktivität und damit oberhalb des Wettbewerbsniveaus zu ermöglichen.

Heute tritt die Holländische Krankheit in ganz Südeuropa auf, denn was in Holland das Gas und in den neuen Ländern die Transfers waren, waren die Niedrigzinskredite, die der Euro dort bot. Ob eine Volkswirtschaft von außen Geld in Form von Geschenken oder als Erlös aus dem Verkauf von Gas oder Schuldscheinen erhält, ist letztlich einerlei. In jedem Fall macht es dieses Geld möglich, nicht wettbewerbsfähige Lohnstrukturen aufrechtzuerhalten, sich also einen Lebensstandard zu leisten, der über der Produktivität des Standortes liegt. Die Folge sind überhöhte Preise und ein Verlust der Wettbewerbsfähigkeit.

Angela Merkel hatte die Chance, Griechenland am Morgen nach der Ablehnung der Troika-Vorschläge beim Referendum Austrittsverhandlungen anzubieten und das Land von der Holländischen Krankheit zu befreien. Sie hat diese Chance nicht genutzt, sondern sich stattdessen vom französischen Staatspräsidenten François Hollande in eine weitere Verhandlungsrunde mit der griechischen Führung hineinziehen lassen. Die nun von Hollande verlangte Fiskalunion ist die logische Implikation dieses Weges, eines Weges, der nicht nur die Massenarbeitslosigkeit in Südeuropa perpetuiert, sondern auch die Belastung der Steuerzahler der bislang noch halbwegs gesunden Staaten Europas und den daraus erwachsenden politischen Kollateralschaden für Europa maximiert.

25 Jahre nach der Wende: Gibt es noch Unterschiede bei Sorgen und Zufriedenheiten zwischen Ost- und Westdeutschland?

8



Maximilian Priem*



Jürgen Schupp**



Gert G. Wagner***

In diesem Beitrag wird die Entwicklung der selbstberichteten durchschnittlichen Lebenszufriedenheit und des Grads der subjektiv wahrgenommenen Sorgen in Ost- und Westdeutschland seit dem Wiedervereinigungsjahr 1990 dargestellt. Die Empirie beruht auf dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP), einer seit 1984 in Westdeutschland (und seit Juni 1990 in Ostdeutschland) laufenden bevölkerungsrepräsentativen Erhebung, die unter dem Dach der Leibniz-Gemeinschaft am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, angesiedelt ist und deren Feldarbeit durch TNS Infratest Sozialforschung (München) durchgeführt wird (vgl. Wagner et al. 2007; www.leibniz-soep.de).

Es werden sowohl die Ergebnisse standardisiert erhobener Sorgen und Zufriedenheiten in verschiedenen Lebensbereichen dargestellt¹, als auch erste Ergebnisse einer Analyse von Klartexten präsentiert, die im SOEP als methodische Innovation erfragt werden.²

Sorgen

Mit dem SOEP werden seit 1984 neben objektiven Indikatoren zur Lebenslage auch subjektive Indikatoren zum Wohlbefinden erhoben. Zu den negativen Komponenten des subjektiven Wohlbefindens werden Sorgen gerechnet. Hierzu wird im SOEP das Ausmaß von knapp einem Dutzend Sorgen um private wie öffentliche Lebensbereiche erfragt.³ So werden der Grad der Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung, um die eigene

wirtschaftliche Situation, den Erhalt des Arbeitsplatzes, die Kriminalität, die Ausländerfeindlichkeit und den Frieden mit Hilfe einer Skala mit drei Ausprägungen erhoben (große Sorgen, einige Sorgen, keine Sorgen).

Die Entwicklung der großen Sorgen (vgl. Abb. 1) verläuft ähnlich heterogen wie die Zufriedenheit mit einzelnen Lebensbereichen, auf die unten eingegangen wird. Um die eigene wirtschaftliche Situation und die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes sind die Ostdeutschen in den letzten 25 Jahren immer stärker besorgt gewesen als ihre westdeutschen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Und insgesamt verlaufen die Veränderungen der Sorgen in Ost- und Westdeutschland sehr gleichförmig. Leicht zu erkennen ist dies am Verlauf der Sorge um den Weltfrieden; nach der Wende ist zunächst ein Rückgang dieser Sorge zu verzeichnen. Dieser Trend wird durch die Terrorattacke im Jahr 2001 abrupt unterbrochen, die Sorge um den Weltfrieden stieg in den zwei darauffolgenden Jahren in ganz Deutschland. Anschließend nahm die Sorge um den Weltfrieden langsam wieder ein niedrigeres Niveau an.

Ebenfalls gleichförmig verlaufen die Sorgen bezüglich der allgemeinen wirtschaftlichen Situation. Kurz nach der Wende war diese in den neuen Bundesländern größer als in den alten Bundesländern, doch mit jeder konjunkturellen Schwächephase schnellten beide Sorgenverläufe nach oben und glichen sich an. Interessant ist, dass die Sorge der Ostdeutschen zwar in etwa so stark steigt wie die der Westdeutschen, Ostdeutsche in konjunkturellen Hochphasen jedoch stets ein höheres Maß an »Restsorgen« behalten.

Ebenso war die Sorge um die Kriminalität Mitte der 1990er Jahre in Ostdeutschland zunächst weit stärker ausgeprägt als in Westdeutschland; sie ist im weiteren Verlauf sukzessive gesunken – im Osten stärker als im Westen – und weist inzwischen ein ähnlich niedriges Niveau auf. Außerdem gesunken ist Grad der Sorgen um die Ausländerfeindlichkeit und um die Umwelt, die in den 1990ern noch über

* Maximilian Priem ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Makrosoziologie an der FU Berlin und Gastwissenschaftler bei der Infrastruktureinrichtung »Sozio-oekonomisches Panel (SOEP)« im DIW Berlin.

** Prof. Dr. Jürgen Schupp ist Direktor des SOEP.

*** Prof. Dr. Gert G. Wagner für das SOEP im Vorstand des DIW Berlin.

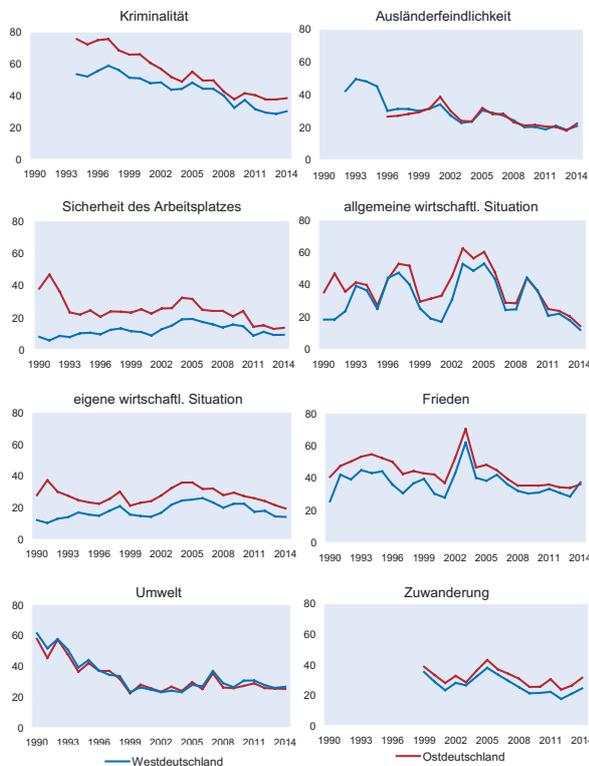
¹ Die Auswertungen in diesem Beitrag sind ein Update der Auswertungen von Priem und Schupp (2014). Die Berechnungen wurden auf Basis der SOEP-Version v31 durchgeführt (statt v30) und um Auswertungen für das Jahr 2013 und die Auswertung der Sorgen um Zuwanderung ergänzt.

² Eine besondere Form der Verbindung der quantitativen SOEP-Erhebung mit einem »qualitativen« Befragungsansatz findet man auf <http://www.zeit.de/feature/wiedervereinigung-deutschland-ost-west-mauerfall>.

³ Vgl. für einen Überblick zur Entwicklung der Sorgen um öffentliche und private Bereiche Göbel et al. (2011).

Abb. 1

Verlauf der Sorgen in öffentlichen und privaten Bereichen



Quelle: SOEP v31; Berechnungen der Autoren.

der Hälfte der Bevölkerung und im Jahr 2013 nur knapp 20% große Sorgen bereiteten. Die langjährigen Schwankungen dieser drei Sorgenbereiche lassen keinen deutlichen Ost-West-Unterschied erkennen.

Die Sorge um (zu viel) Zuwanderung wird erst seit 1998 erhoben. Man erkennt bis etwa zum Jahr 2008 einen deutlichen Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Situation: Wenn diese schlecht ist, sind auch die Sorgen um Zuwanderung hoch. Entsprechend sind diese Sorgen in Ostdeutschland permanent höher als in Westdeutschland. Die Differenz ist freilich minimal. Nicht mit der wirtschaftlichen Situation ist der Anstieg der Sorgen um die Zuwanderung in den letzten Jahren zu erklären. Plausibler sind Befürchtungen, die in Folge der EU-Osterweiterung sowie der Freizügigkeit südeuropäischer Staaten eintraten.

Zusätzlich zur Beantwortung der standardisierten Fragen haben die Befragten des SOEP die Möglichkeit, ihre sonstigen Sorgen als Klartext zum Ausdruck zu bringen. Die Abbildungen 2a und 2b zeigen im Ost-West-Vergleich diese Klartextsorgen, die im SOEP 1990 angegeben wurden (vgl. Wagner und Goebel 2013). Die beiden Word-Clouds für 1990 sind durchaus überraschend: In beiden Landesteilen wurden dieselben Begriffe am häufigsten genannt: DDR, Stasi, Entwicklung und Zukunft. Der Begriff »Kinderfeindlich-

Abb. 2a

Sorgen, Ostdeutschland



Quelle: SOEP 1990; Wagner und Goebel (2013).

keit« wurde hingegen nur in Westdeutschland häufig genannt; im Osten der Begriff »Betreuung Kinder«. Angesichts der großen Ähnlichkeit sonstiger Sorgen in Ost und West bereits vor der deutschen Vereinigung ist es wenig überraschend, dass sich auch im Jahr 2011 die häufigsten Begriffe bezüglich der »sonstigen Sorgen« im Osten wie im Westen Deutschlands kaum unterscheiden (nicht als Abbildung dargestellt): Es sind Entwicklung, Gesundheit, Kinder und Politiker. Was allerdings auffällt, ist die deutlich häufigere Nennung von »Deutschland« im Osten. Neu hinzugekommen ist in beiden Landesteilen – wahrscheinlich ein Ergebnis der demographischen Alterung – die gut sichtbare Häufigkeit des Begriffes »Gesundheit«. Und dies obwohl die standardisierte Frage zu den Sorgen bereits ein Item »Gesundheit« enthält.

Abb. 2b

Sorgen, Westdeutschland



Quelle: SOEP 1990; Wagner und Goebel (2013).

Methodische Anmerkungen sind notwendig

Bevor die Entwicklung verschiedener Lebenszufriedenheiten dargestellt wird, sind zwei methodische Anmerkungen notwendig.

Seit dem Beginn der ersten Befragungswelle des SOEP im Jahr 1984 lautet die Frage nach der Lebenszufriedenheit im Allgemeinen (und analog die nach Bereichszufriedenheiten wie Lebensstandard, Haushaltseinkommen, Arbeit, Freizeit, Gesundheit und Wohnen): »Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig, alles in allem, mit ihrem Leben?« Die Antwort wird anhand einer elfstufigen Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden) erhoben.⁴

Es ist bekannt und hochplausibel, dass Befragte sich bei den Antworten nicht an einem »absoluten Nullpunkt« orientieren, sondern an dem, was zum Befragungszeitpunkt gewissermaßen maximal oder durchschnittlich möglich ist (vgl. Schöb et al. 2015). Das heißt, dass eine Zeitreihe der so ermittelten Zufriedenheiten keine Aussage über ein absolutes Wohlstandsniveau und wie es sich im Laufe der Zeit verändert darstellt. Eine Zeitreihe stellt lediglich die Entwicklung der Verteilung der jeweiligen Zufriedenheiten dar. Wird die Verteilung als Durchschnitt der Antworten dargestellt, zeigt ein höherer (niedrigerer) Durchschnitt an, ob mehr (weniger) Menschen zum Befragungszeitpunkt zufrieden sind.

Betrachtet man den zeitlichen Verlauf der durchschnittlichen allgemeinen Lebenszufriedenheit in Ost- und Westdeutschland, muss berücksichtigt werden, dass die erfragte Lebenszufriedenheit stärker vom Kontext der Befragungssituation, sogenannten Befragungsartefakten, abhängt als die Messung »objektiver Informationen« wie zum Beispiel des Bildungsniveaus (vgl. Schupp et al. 2013). Zu den möglichen Befragungsartefakten zählen z.B. die Jahreszeit der Befragung oder wie häufig eine Person schon an der SOEP-Studie teilgenommen hat. Zudem kann beobachtet werden, dass Personen bei der erstmaligen Teilnahme am SOEP und Beantwortung der Befragung stärker als beim zweiten und weiteren Interview dazu tendieren, den Extremwert zehn (»ganz und gar zufrieden«) anzugeben. Wenn Menschen also sehr lange an einer Wiederholungsbefragung wie dem SOEP teilnehmen, geben sie im Durchschnitt kleinere Zufriedenheitswerte an. Dieser Gewöhnungseffekt wirkt sich zwar von Jahr zu Jahr nur minimal aus, summiert sich aber, wenn Befragte wie im SOEP teil-

⁴ Die Zufriedenheitsfragen im SOEP entsprechen dem Konzept der kognitiven Aspekte subjektiven Wohlbefindens und wurden bei Gründung des SOEP von dem Soziologen Wolfgang Zapf als Itembatterie eingebracht (vgl. Schupp 2014).

weise schon über 30 Jahre teilnehmen (vgl. Kroh et al. 2015). Insbesondere dann, wenn winzige Unterschiede von Nachkommastellen durchschnittlicher Zufriedenheiten interpretiert werden (was allein aufgrund des Zufallsfehlers von Stichproben problematisch ist, aber oft geschieht), ist diese Korrektur wichtig.

Um diesen Effekt in der deskriptiven Analyse der Lebenszufriedenheitsverläufe in Ost- und Westdeutschland zu berücksichtigen, wurden in diesem Bericht die mittleren allgemeinen Lebenszufriedenheiten mit Hilfe einer in der SOEP-Gruppe am DIW Berlin entwickelten Methode korrigiert. Dabei werden in einer Regressionsschätzung alle potenziellen Messartefakte quantifiziert und anschließend jedem Befragungsdatenpunkt so zugewiesen, als hätten die Personen die Frage zum ersten Mal, im Mai eines Jahres und in einem Interview mit »Papier und Bleistift« beantwortet.

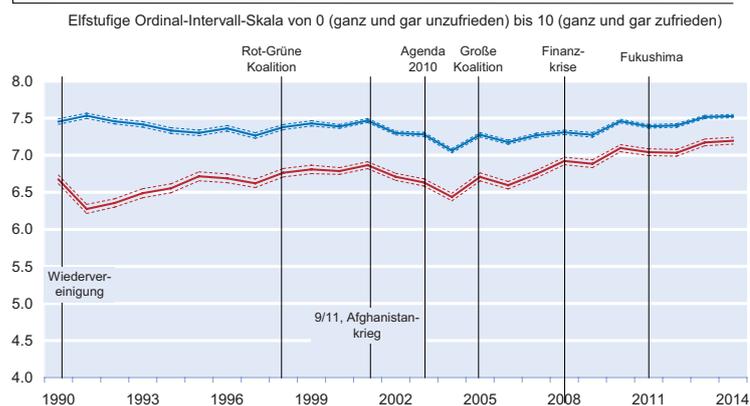
Lebenszufriedenheiten

Die Darstellung der allgemeinen Lebenszufriedenheit (vgl. Abb. 3) zeigt, dass unmittelbar nach der Wiedervereinigung im Jahr 1991, als bereits die damit verbundenen Probleme vor allem am Arbeitsmarkt erkennbar wurden, die Lebenszufriedenheit in Ostdeutschland deutlich niedriger war als in Westdeutschland. Die Angleichung der Lebenszufriedenheit verlief dann während der 1990er Jahren durchaus zügig, um dann in den letzten 15 Jahren immer langsamer voranzuschreiten. Hinzu kommt, dass sich in Deutschland die Zufriedenheit auf einem Allzeithoch befindet; in Westdeutschland hat man das Zufriedenheitsniveau von 1984 erreicht, und in Ostdeutschland wurden noch nie so hohe Werte der allgemeinen Lebenszufriedenheit gemessen.

Der Ost-West-Unterschied ist 2014 nach wie vor erkennbar und – obwohl er nicht groß erscheint – statistisch signifikant. Ob es sich dabei um strukturelle Unterschiede handelt, die

Abb. 3

Mittlere Lebenszufriedenheit^{a)} in Deutschland



^{a)} Um Wiederholungsbefragungseffekte korrigierte Schätzung.

Quelle: SOEP v31; Berechnungen der Autoren.

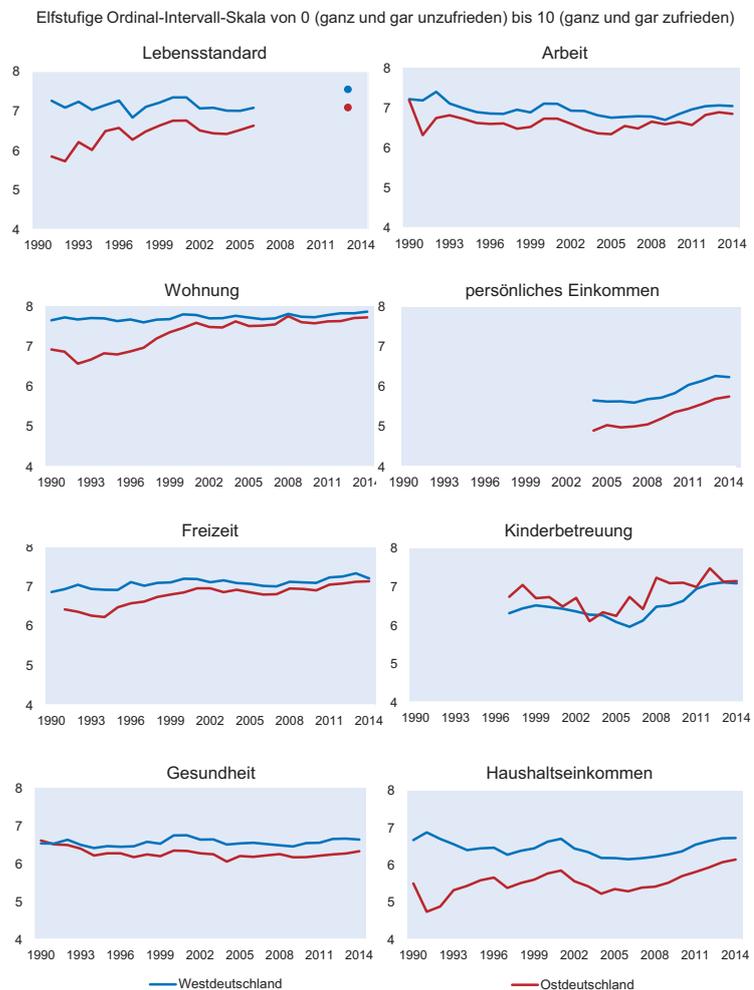
auch in Westdeutschland in bestimmten Regionen zu höherer Unzufriedenheit führen (insbesondere infolge von Arbeitslosigkeit), oder diese Differenz auf soziodemographische Merkmale, wie Alter, Familienstand oder Haushaltstyp zurückzuführen sind, oder ob es einen nicht näher identifizierbaren »Ost-Effekt« gibt, wird mit Hilfe multivariater Regressionsanalysen untersucht (vgl. Priem und Schupp 2014, S. 1007). Dabei wird als abhängige Variable das jeweilige Niveau der allgemeinen Lebenszufriedenheit für soziodemographischen Kovariate sowie für mehrere Perioden errechnet. Darüber hinaus wurde der jeweilige Wohnort in Ost- oder Westdeutschland berücksichtigt, so dass der entsprechende »Ost-West-Indikator« als verbleibendes Ausmaß an nicht näher erklärbarer Ost-West-Divergenz interpretiert werden kann. Im Jahr 1992, kurz nach der Wende, hatte es einen negativen mittleren Effekt von fast einem Punkt auf der elfstufigen Lebenszufriedenheitsskala, wenn die befragte Person in den neuen Bundesländern lebte. Zehn Jahre später, im Jahr 2002, hatte sich dieser Effekt halbiert. Im Jahr 2013 betrug dieser negative Nettoeffekt nur noch 0,14 Punkte. Trotz dieses Trends zur Angleichung, indiziert der signifikante Ost-Effekt, dass der Angleichungsprozess bezüglich der allgemeinen Lebenszufriedenheit noch immer nicht abgeschlossen ist.

Auch ein Blick auf die Verläufe der Zufriedenheiten in einzelnen Lebensbereichen verdeutlicht, dass der Angleichungsprozess der Lebensverhältnisse nicht in allen Lebensbereichen in gleicher Weise verläuft und der Angleichungsprozess zwischen Ost und West anhält (vgl. Abb. 4). Die Zufriedenheiten mit dem Haushaltseinkommen und dem Lebensstandard in Ostdeutschland konnten in den letzten 25 Jahren noch nicht das westdeutsche Niveau erreichen, obwohl sich die Abstände, ähnlich der allgemeinen Lebenszufriedenheit, in den letzten Jahren kontinuierlich verringert haben. Dass sich ein Trend ändern kann, zeigt das Beispiel der Zufriedenheit mit der Arbeit. Bis vor sechs Jahren waren Ostdeutsche unzufriedener mit der Arbeit. Inzwischen näherten sich die Mittelwerte so sehr an, dass sie seit dem Jahr 2009 nicht mehr statistisch voneinander unterscheidbar sind. Dabei ist freilich zu berücksichtigen, dass nur Erwerbstätigen die Frage nach der Arbeitszufriedenheit vorgelegt werden kann (nicht jedoch Arbeitslosen).

Voll angeglichen haben sich die Bereichszufriedenheit mit der Wohnung, der Haushaltsarbeit und der Freizeit. Ihr Ver-

Abb. 4

Verlauf der mittleren Bereichszufriedenheiten



lauf ähnelt zunächst dem der allgemeinen Lebenszufriedenheit, doch spätestens ab 2005 schließt sich die »Ost-West-Lücke« endgültig, da sich die Wohnstandards und Freizeitmöglichkeiten angeglichen haben.

Die Zufriedenheit mit Betreuungsmöglichkeiten für Kinder war und ist seit der Wiedervereinigung in Ostdeutschland höher als in Westdeutschland, jedoch sind auch hier die Unterschiede in den letzten Jahren nicht länger statistisch signifikant. Umgekehrt verläuft die Zufriedenheit mit der Gesundheit: Sie lag zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung in Ost und West gleichauf, ist aber seither in Ostdeutschland etwas gesunken. Dieser Befund ist insofern bemerkenswert, als die Lebenserwartung in Ostdeutschland gestiegen ist. Dies bedeutet freilich auch, dass kranke und pflegebedürftige alte Menschen jetzt länger leben als in der DDR und aufgrund ihres höheren Alters mit ihrer Gesundheit nicht zufrieden sein können.

Wichtigster Indikator zur Bewertung subjektiver Lebensverhältnisse ist die allgemeine Lebenszufriedenheit. Deskriptive und multivariate Analysen haben gezeigt, dass in Folge der veränderten Lebensumstände direkt nach der Wende die Lebenszufriedenheit im Osten deutlich einbrach. Doch in den 1990er Jahren holte die Lebenszufriedenheit in Ostdeutschland deutlich auf. Zu Beginn des neuen Jahrtausends verlangsamte sich der Angleichungsprozess und stagnierte. Erst seit dem Jahr 2008 ist wieder eine leichte Verringerung des Ost-West-Unterschieds zu beobachten. Doch ob sich dieser in den nächsten Jahren nivellieren wird, bleibt aufgrund des bisherigen Verlaufs eine offene Frage.

Diese zwar stark verringerten, aber nach wie vor bestehenden Ost-West-Unterschiede im subjektiven Wohlbefinden gilt es – neben der materiellen Angleichung – auch künftig weiterhin zu berücksichtigen, wenn beispielsweise die Bundesregierung und die Länder nach Auslaufen des Solidarpakts II im Jahr 2019 über eine mögliche Verlängerung oder Restrukturierung des Finanzausgleichs zwischen West- und Ostdeutschland verhandeln werden.

Literatur

Göbel, J., R. Habich und P. Krause (2011), »Subjektives Wohlbefinden«, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), *Datenreport 2011 – Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung*, Band 2, Bonn, 377–384.

Kroh, M., F. Winter und Jürgen Schupp (2015), »Panel conditioning reconsidered: survey experience and person reliability«, *Public Opinion Quarterly*, im Erscheinen.

Schupp, J., J. Goebel, M. Kroh und G. G. Wagner (2013), »Zufriedenheit in Deutschland so hoch wie nie nach der Wiedervereinigung – Ostdeutsche signifikant unzufriedener als Westdeutsche«, *Wochenbericht des DIW Berlin* 80(47), 34–43

Priem, M. und J. Schupp (2014), »Alle zufrieden – Lebensverhältnisse in Deutschland«, *Wochenbericht des DIW Berlin* 81(40), 1001–1008

Schupp, J. (2015), »Forty Years of Social Reporting and Quality of Life Research in Germany – A Look Back and Prospects for the Future«, in: G. Trommsdorff und W.R. Assmann (Hrsg.), *Forschung fördern. Am Beispiel von Lebensqualität im Kulturkontext*, UVK Verlag, Konstanz und München, 107–126.

Wagner, G.G., J.R. Frick und J. Schupp (2007), »The German Socio-Economic Panel Study (SOEP) – Scope, Evolution and Enhancement«, *Schmollers Jahrbuch* 127(1), 139–169.

Wagner, G.G. und J. Goebel (2013), »Fragen an die etablierten Zünfte – und einige einfache Antworten«, in: D. Huschka, H. Knoblauch, C. Oellers und H. Solga (Hrsg.), *Forschungsinfrastrukturen für die qualitative Sozialforschung*, SCIVERO Verlag, Berlin, 167–180.

Weimann, J., A. Knabe und R. Schöb (2015), *Measuring Happiness – The Economics of Well-Being*. MIT Press, Cambridge, Mass.



Astrid Lorenz*

1990 war unklar, ob und wie schnell der politische Systemwechsel in Ostdeutschland (und in den anderen postsozialistischen Staaten) gelingen würde. Die einen prophezeiten, dass die Besonderheit des Beitritts zur Bundesrepublik die Ostdeutschen politisch entmündige und die Region zum Armenhaus mache;¹ anderen galt genau diese Besonderheit des von der großen Mehrheit der Ostdeutschen gewünschten schnellen Beitritts zu einem gut funktionierenden politisch-administrativen System als wichtiger Erfolgsfaktor. So erspare man sich riskante Experimente und ein kostenträchtiges »Durchwursteln«. Auch die sozialwissenschaftlichen Theorien waren uneins darüber, wie stark man Wandel wirklich politisch steuern und gestalten kann.² Wie hat sich in den 25 Jahren deutscher Einheit die Politik in Ostdeutschland tatsächlich entwickelt?

Die politische Kultur blieb in West- und Ostdeutschland relativ stabil. Gleich war und ist das Bekenntnis zur Demokratie als bester Regierungsform. Am stärksten unterscheiden sich die Gerechtigkeitsvorstellungen, die Einstellungen zur Religion bzw. zum Verhältnis zwischen Staat und Kirche, zur Rolle der Frau, zu den Institutionen der Parteiendemokratie und in Bezug auf Direktdemokratie. Die Ostdeutschen bevorzugen ein geringes Wohlstandsgefälle, sind mit der Funktionsweise der Demokratie weniger zufrieden, vertrauen den rechtsstaatlichen Institutionen weniger und wünschen sich häufig mehr Möglichkeiten der direkten Abstimmung über Politikinhalt durch das Volk (vgl. Roller 2010; Pickel 2011a). In vielen Punkten ähneln die Einstellungen Ostdeutscher der politischen Kultur in anderen postsozialistischen Staaten (vgl. Gabriel 2008). Sie sind damit eher nicht

Reaktionen auf konkrete politische Entwicklungen und Entscheidungen in Deutschland, sondern Erbschaften des Sozialismus oder Begleitphänomene des Systemwechsels.

Ungeachtet der relativ manifesten Einstellungsunterschiede bei den genannten Themen gibt es Angleichungen, darunter Annäherungen der Einstellungen Westdeutscher an die Ostdeutscher. Sie müssen nicht ursächlich durch die deutsche Einheit bedingt sein. Oft handelt es sich um Reaktionen auf allgemeine Modernisierungsentwicklungen und die vielfältigen ökonomischen Krisenerscheinungen seit den 1990er Jahren. So stieg unter repräsentativ befragten Westdeutschen der Anteil jener, die sagten, der Sozialismus sei eine »gute Idee, die schlecht ausgeführt wurde«, von 1990 bis 2010 um 15 Prozentpunkte. Trotzdem blieb der Abstand zwischen den Antworten West- und Ostdeutscher hier sehr groß: 45% der befragten Westdeutschen unterstützten die Aussage, aber 74% der Ostdeutschen (vgl. Pickel 2011b, S. 390).

Bei den Abgeordneten im Bundestag sind ebenfalls Annäherungen zu beobachten. Spiegelbildlich zu den Einstellungen der Bevölkerung stieg der Anteil der Befürworter staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft unter den westdeutschen Abgeordneten. Zugleich nahmen ihr Integrationsgefühl und ihre Zufriedenheit ab, verblieben aber auf relativ hohem Niveau, während sich die ostdeutschen Abgeordneten ausweislich der Befragungen zunehmend gut integriert fühlen und die demokratischen Institutionen stützen. Die Werte der Abgeordneten der Partei DIE LINKE lagen zwar niedriger, folgten aber grundsätzlich dem Trend (vgl. Best und Vogel 2011, S. 131 ff.). Die im Vergleich zur ostdeutschen Bevölkerung deutlich höhere Zufriedenheit der Abgeordneten ist vermutlich dadurch begründet, dass sie die Instrumente der parlamentarischen Demokratie gut kennen, regelmäßig nutzen und ihre Einflussmöglichkeiten schätzen.

In der Bevölkerung ist dies weniger der Fall. Darauf lassen der geringe Organisa-

* Prof. Dr. Astrid Lorenz ist Inhaberin der Professur Politisches System der Bundesrepublik Deutschland/Politik in Europa an der Universität Leipzig.

¹ So die Argumentation des damaligen SPD-Spitzenkandidaten Oskar Lafontaine (1990).

² Skeptisch sind System-, Kultur-, Struktur- und Organisationstheorien, da die Systemkomplexität, schwer änderbare Strukturen oder organisatorische Beharrungskräfte politische Steuerung erschweren. Optimistisch sind eher die Theorien des Institutionalismus und Rationalismus, wenn Demokratisierung und ökonomische Liberalisierung nur gut genug geplant sind und die richtigen Anreize gesetzt werden.

tionsgrad der Ostdeutschen in Bezug auf Parteien, Gewerkschaften und Berufs- bzw. Wirtschaftsverbände schließen. Zugleich beteiligen sich die Ostdeutschen im Vergleich zu Westdeutschen weniger an Wahlen auf allen Ebenen (vgl. Statistisches Bundesamt 2013). Damit nutzen sie genau jene Organisationen und Instrumente, über die in der repräsentativen Demokratie effektiv Interessen signalisiert und Einfluss auf die politische Debatte und Entscheidungsfindung genommen werden kann, in weit geringerem Maße. Dadurch schlägt für sie ein wesentlicher Vorzug der Demokratie – die politische Teilhabe – nicht zu Buche, während die ökonomischen Strukturprobleme von deutscher Teilung und Systemwandel nach wie vor deutlich zu spüren sind. Da Bürger bei der Bewertung des Systems tendenziell dessen Leistungen, wie Wohlfahrt, höher gewichten als die Möglichkeiten der politischen Teilhabe (vgl. Holtmann 2007, S. 8), können wahrgenommene Einbrüche oder Verschiebungen staatlicher Leistungen (wie abnehmende regionale Polizeipräsenz, Schulschließungen o.Ä.) die individuelle Bilanz der Bewertung stark beeinflussen.

Der im Osten in regionaler Häufung verbreitetere Skeptizismus gegenüber der Funktionsweise des politischen Systems lässt sich somit nicht nur mit dem Fortbestand teilungsbedingter Sozialisationen erklären, sondern auch aus der individuellen Bilanz von Nutzen und Kosten des Systems, die sich von gut organisierten Deutschen gerade in prosperierenden Regionen (West- oder Ostdeutschlands) unterscheidet. Problematisch ist, dass durch die geringere politische Beteiligung zugleich die skeptischeren Bewertungen der Funktionsweise der Demokratie, unter anderem die wahrgenommene Distanz zwischen Abgeordneten und Bevölkerung, zur sich selbst erfüllenden Prophezeiung werden. So nahm der Anteil Ostdeutscher an den Abgeordneten auf allen Ebenen innerhalb der vergangenen 25 Jahre nicht zu, sondern ab (vgl. Best und Vogel 2011).

Das Wahlverhalten in Ostdeutschland ist nicht nur durch die geringere Beteiligung gekennzeichnet, sondern auch durch eine höhere Wechselwählerschaft (Volatilität). Darüber hinaus fällt auf, dass seit Ende der 1990er Jahre wachsende Anteile der Wähler für Parteien stimmten, die an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern können, darunter für extreme und populistische Parteien. Seither sind die östlichen Landesparlamente fragmentierter als die westdeutschen. Grundsätzlich handelt es sich bei der gestiegenen Volatilität, Pluralisierung von Stimmabgaben und Stimmhaltung aber um gesamtdeutsche Phänomene, die nur in Ostdeutschland früher auf hohem Niveau auftreten. Sie hängen mit dem für alle modernen westlichen Gesellschaften typischen Abschmelzen großer sozialer Gruppen und der Individualisierung von Lebensstilen und Wertvorstellungen zusammen (vgl. Jesse 2011). Die pluralisierten Interessen können schlechter in den Programmen der traditionellen Großorga-

nisationen (wie Parteien, Gewerkschaften) spezifisch adressiert werden.

Auch das Vorhandensein zweier Parlamentsparteien links der Mitte ist nur auf den ersten Blick mit den historischen Umständen in Deutschland zu begründen. Diese erklären zwar die Existenz dieser Parteien 1990, nicht aber ihre dauerhafte Fortexistenz. Tatsächlich gibt es in vielen europäischen Staaten eine oder weitere Parteien links der Sozialdemokratie, die unterschiedliche Präferenzen im linken Wählerspektrum ansprechen. Die LINKE hat sich zwar in Ostdeutschland als für weite Teile der Bevölkerung wählbare Partei etabliert, doch verhält sich ein großer Teil ihrer potenziellen Wähler ebenso volatil wie Sympathisanten anderer Parteien. Ihre Zweitstimmenanteile sanken beispielsweise nach der Beteiligung an Landesregierungen als kleiner Koalitionspartner in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg. Die als Reaktion der Wähler auf die Agenda 2010 der Bundes-SPD gestiegenen Stimmenanteile könnten daher künftig wieder fallen. Die Zahl der Mitglieder sinkt bei allen Parteien aufgrund von Altersabgängen und geringen Neuzugängen. Sie sind in den neuen Ländern daher eher Wähler- als Mitgliedsparteien – ein Trend, der sich auch im Westen Deutschlands abzeichnet (vgl. Jun, Niedermayer und Wiesendahl 2009).

Die Regierungsbildung in Ostdeutschland folgt grundsätzlich dem gleichen Muster wie in Westdeutschland und auf Bundesebene: Je höher die Parteienfragmentierung im Parlament, desto höher die Wahrscheinlichkeit der Bildung einer (geduldeten) Minderheitsregierung, einer übergroßen Koalition aus zwei großen Parteien oder gar drei Parteien (vgl. Schniewind 2008). Das »Magdeburger Modell« einer von der LINKEN geduldeten Minderheitsregierung oder eine »Ampelregierung« aus SPD, FDP und Bündnis 90, wie sie erstmals in Brandenburg praktiziert wurde, sind in leicht anderer parteipolitischer Colorierung auch in den alten Bundesländern verbreitet.

Dass in den neuen Bundesländern in kurzen Zeitabständen ganz unterschiedliche Parteienkoalitionen gebildet wurden, liegt also nicht an spezifischen Entscheidungen der Wahlsieger, sondern vorrangig am Wahlverhalten der Bevölkerung. Dadurch gibt es kaum verfestigte politische Blöcke. Das Regierungshandeln ist zumindest personell oft wenig langfristig planbar. Jede Wahl kann die Grenzziehungen zwischen Regierung und Opposition deutlich durcheinanderbringen. Sachsen mit seiner dominierenden CDU und Brandenburg mit einer starken SPD haben zwar langjährige Regierungsparteien, doch sanken deren Zweitstimmenanteile deutlich und die Koalitionspartner wechselten.

Die von den Regierungsmehrheiten konkret getroffenen politischen Entscheidungen variierten trotz der unterschiedlichen Koalitionen wenig von Wahl zu Wahl und zwischen den

Ländern, obgleich die Programmatiken der Parteien sich sichtlich unterscheiden. Dies liegt vor allem an den (aus der Wirtschaftsschwäche resultierenden) Finanzproblemen der öffentlichen Hand und an der Ähnlichkeit der wichtigsten drängenden Probleme, mit denen sich die Länder befassen müssen. Noch viel stärker als im unitarischen bundesdeutschen Föderalismus ohnehin schon üblich, sind die wichtigsten Ausgabenposten damit vordefiniert, und es bleibt wenig Raum, um die parteiprogrammatischen Profile in Akzentuierungen des Ausgabeverhaltens, z.B. großen landespolitischen Programmen, sichtbar zu machen. Die brandenburgische Regierung versuchte dies beispielsweise nach 1990, erlegte sich aber schon ab der zweiten Legislaturperiode selbst Restriktionen auf, da die vielen Maßnahmen nicht finanzierbar waren (vgl. Lorenz, Anter und Reutter 2015). Daher schlagen sich variierende Wahlergebnisse nur bedingt in unterschiedlichen Regierungsentscheidungen nieder – eine Ähnlichkeit zu den osteuropäischen Systemwechselstaaten. Die Politik im dauer-CDU-regierten Sachsen unterscheidet sich von der im dauer-SPD-regierten Brandenburg nicht so stark wie bestimmte Politiken in westlichen Ländern mit unterschiedlichen langjährigen Regierungsparteien (vgl. Hildebrandt und Wolf 2015).

Die neu eingeführte Schuldenbremse wird die Handlungsspielräume der finanzschwachen Länder, zu denen die ostdeutschen nach wie vor gehören, weiter einschränken, da sie die in West und Ost lange praktizierte Finanzierung von Politiken durch Kreditaufnahme bremst.

Dass nur das Geld ausgegeben wird, das auch wirklich vorhanden ist, steigert zwar die finanzielle Effektivität, tut der Generationengerechtigkeit gut und ist auch mit dem Verfassungsgebot der gleichwertigen Lebensverhältnisse vereinbar, solange für die meisten Politikbereiche Bundesgesetze gelten und damit Bundesgeld fließt. Der Mechanismus verschärft jedoch das Problem, dass im Osten parteipolitische Differenzen einen geringeren Effekt auf die Politikentscheidungen haben als in den finanzstärkeren westlichen Bundesländern. Dies kollidiert mit der Logik der Demokratie und ist möglicherweise ein Grund für den Wahlskeptizismus vieler Menschen in Ostdeutschland und anderen Staaten mit wirtschaftsstrukturellen Problemen. Zu Unrecht, denn parteipolitische Gestaltung ist dennoch weiter möglich und gerade in Krisenzeiten wichtig.

Zusammenfassend zeigt sich, dass die Verarbeitung gesellschaftlicher Faktoren in ganz Deutschland ähnlichen Mustern folgt und die politisch-administrativen Institutionen grundsätzlich gut funktionieren. Allerdings überformten nach 1990 die schwache Wirtschaftsstruktur und Transformationsprobleme den Effekt der Institutionen. Bereits im Aggregat vorhandene (und anders verursachte) Unterschiede der politischen Kultur, so die geringe parteipolitische Affinität der Menschen, verstetigten sich dadurch. Diese Prozesse

waren parteipolitisch oder vermittels Regierungshandeln kaum zu steuern, wie die Ähnlichkeit der Einstellungen und des Verhaltens in vielen Systemwechselstaaten trotz ganz unterschiedlicher politischer Konstellationen zeigt. Der Beitritt zu einem funktionierenden politisch-administrativen System führt also nicht automatisch zu identischen Verhaltensweisen.

Die Bundesregierungen und auch die Landesregierungen versuchten, durch umfassende Ausgleichspolitiken, z.B. Sonderzahlungen, Förderprogramme u.Ä., die strukturellen Nachteile zumindest teilweise auszugleichen. Dadurch wurden viele Krisenphänomene des rapiden politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Wandels abgemildert und Ostdeutschland nicht, wie von Einheits skeptikern befürchtet, das Armenhaus Deutschlands. Allerdings lösten die Ausgleichspolitiken die Strukturprobleme nicht auf; besonders die schwache Wirtschaftskraft und geringe Eigenkapitaldecke bestehen weiter fort. Zugleich schufen sie eigene Probleme und Abhängigkeiten und verstetigten in gewisser Weise die Sonderstellung des Ostens – unter anderem da die meisten Mittel zweckgebunden flossen, also die autonome landespolitische Entscheidungsfindung und Experimentierfreudigkeit nicht förderten.

Im Ergebnis ähneln sich die ostdeutschen Länder heute untereinander nach wie vor viel stärker als die westdeutschen Länder, fügen sich jedoch in deren Gesamtspektrum in vielen Fragen in einer mittleren Position ein (vgl. u.a. Freitag und Vatter 2008). In Bezug auf das Organisations- und Wahlverhalten und bestimmte politische Einstellungen sind sogar Anpassungen »des Westens« an »den Osten« zu beobachten. Diese Annäherungen haben mit der Problematik der deutschen Zweiteilung und Einheit sowie den konkreten Regionen oft ursächlich nichts zu tun, können aber zu ähnlichen Problemen führen, wie sie in Ostdeutschland auftreten. Ernst zu nehmen ist besonders der Zusammenhang zwischen strukturell bedingter geringer Wirtschaftskraft, politischer Mobilisierungsschwäche und Skepsis gegenüber der Funktionsweise der Demokratie.

Literatur

- Best, H. und L. Vogel (2011), »Politische Eliten im vereinten Deutschland«, in: A. Lorenz (Hrsg.), *Ostdeutschland und die Sozialwissenschaften*, Budrich, Opladen und Farmington Hills, 120–152.
- Freitag, M. und A. Vatter (2008), »Die Bundesländer zwischen Konsensus- und Mehrheitsdemokratie«, in: M. Freitag und A. Vatter (Hrsg.), *Die Demokratien der deutschen Bundesländer*, Budrich, Opladen und Farmington Hills, 307–327.
- Gabriel, O.W. (2008), »Politische Einstellungen und politische Kultur«, in: O.W. Gabriel und S. Kropp (Hrsg.), *Die EU-Staaten im Vergleich*, VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 181–214.
- Hildebrandt, A. und F. Wolf (Hrsg.) (2008), »Die Politik der Bundesländer. Staatstätigkeit im Vergleich«, in A. Lorenz, A. Anter und W. Reutter (2015), *Politik und Regieren in Brandenburg*, Springer, Wiesbaden, im Erscheinen.

Holtmann, E. (2007), »Einleitung«, in: E. Holtmann und W.J. Patzelt (Hrsg.), *Führen Regierungen tatsächlich? Zur Praxis gouvernementalen Handelns*, VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 7–19.

Jesse, E. (2011), »Wahlen und Parteien«, in: A. Lorenz (Hrsg.), *Ostdeutschland und die Sozialwissenschaften*, Budrich, Opladen und Farmington Hills, 99–119.

Jun, U., O. Niedermayer und E. Wiesendahl (Hrsg.) (2009), *Die Zukunft der Mitgliederpartei*, Budrich, Leverkusen.

Lafontaine, O. (1990), »Einheit in diesem Jahr«, *Der Spiegel* (6/), 14–25.

Lorenz, A., A. Anter und W. Reutter (2015), *Politik und Regieren in Brandenburg*, Springer, Wiesbaden, im Erscheinen.

Pickel, G. (2011a), »Zwischen beständigen Differenzen und überraschenden Angleichungen«, in: A. Lorenz (Hrsg.), *Ostdeutschland und die Sozialwissenschaften*, Budrich, Opladen und Farmington Hills, 169–188.

Pickel, S. (2011b), »Erst Vielfalt schafft Wissen über Ost und West«, in: A. Lorenz (Hrsg.), *Ostdeutschland und die Sozialwissenschaften*, Budrich, Opladen und Farmington Hills, 375–400.

Roller, E. (2010), »Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland«, in: P. Krause/ und I. Ostner (Hrsg.), *Leben in Ost- und Westdeutschland*, Campus, Frankfurt am Main, 597–614.

Schniewind, A. (2008), »Regierungen«, in: M. Freitag und A. Vatter (Hrsg.), *Die Demokratien der deutschen Bundesländer*, Budrich, Opladen und Farmington Hills, 111–160.

Statistisches Bundesamt (2013), *Datenreport 2013*, Kap. 13, verfügbar unter: www.bundeswahlleiter.de.



Reiner Klingholz*

Die ehemalige DDR war weder bei der eigenen Bevölkerung noch bei Menschen aus anderen Ländern ein wirklich attraktives Land. Obwohl die »Republikflucht« unter Strafe stand, obwohl seit 1961 Mauer und Stacheldraht das Gebiet der DDR hermetisch abriegeln sollten, gingen dem Land in praktisch jedem einzelnen Jahr ihrer Geschichte Einwohner verloren. Von der Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 bis zum Juni 1990 verließen über 3,8 Mio. Menschen ihr Heimat, nur 400 000 kamen zurück. Umgekehrt konnte die DDR kaum Zuwanderer aus anderen Ländern dauerhaft an sich binden. War die DDR 1949 mit 18,8 Mio. Einwohnern in das Experiment des Sozialismus gestartet, blieben davon bis 1989 noch 16,4 Mio. übrig. Die BRD war im gleichen Zeitraum von 51 auf knapp 63 Millionen angewachsen.

Der demographische Abwärtstrend im Osten Deutschlands hat sich nach der Wende noch beschleunigt. Gleich nach dem Mauerfall verließen viele Menschen die Noch-DDR, rund 800 000 waren es bis zur Wiedervereinigung. Zwischen 1991 und 2014 verloren die fünf ostdeutschen Flächenländer dann zusammen noch einmal über 2 ihrer einst 14,5 Mio. Einwohner. Die alten Bundesländer hingegen wuchsen und konnten ihre Einwohnerzahl in dieser Phase um rund 2½ Millionen steigern.

Geburteneinbruch nach der Wende

Neben der Abwanderung gen Westen war es vor allem der massive Einbruch bei den Kinderzahlen unmittelbar nach der Wende, der die ostdeutschen Bundesländer auf den demographischen Abwärtstrend schickte (vgl. Statistisches Bundesamt 2000). Kurz bevor die Mauer fiel, bekamen die Frauen in der DDR durchschnittlich 1,6 Kinder, während der Westen auf etwa 1,4 Kinder je Frau kam. Doch unmittelbar nach der Wiedervereinigung sackte der Wert im Osten rapide und für

einige Jahre auf einen absoluten Tiefstand von knapp 0,8 ab. Dieses »Geburtenloch« der Nachwendezeit geht vor allem auf die Unsicherheit der Menschen angesichts der dramatischen gesellschaftlichen Umbrüche zurück. Viele junge Frauen entschieden sich, mit dem Kinderkriegen erst einmal abzuwarten. Ähnlich wie die Frauen im Westen schoben sie die Familien Gründungsphase nun auf – zwangsläufig, denn die Ausbildungszeiten verlängerten sich, und es wurde auch für sie schwieriger, Familie und Beruf zu vereinbaren. Hatten in Ostdeutschland die politisch motivierten Anreize für eine frühe Mutterschaft nachhaltig dafür gesorgt, dass Frauen ihr erstes Kind schon mit 22 oder 23 Jahren bekamen – im Schnitt drei Jahre früher als in Westdeutschland –, stieg nun das Alter der Mütter bei der Geburt ihres ersten Kindes rasant an (vgl. Goldstein et al. 2010). Heute liegt es bei durchschnittlich 28 Jahren und damit nur noch leicht unter dem durchschnittlichen Alter westdeutscher Erstgebärender von etwas über 29 Jahren (vgl. Statistisches Bundesamt 2013).

Im Jahr 1994 erreichte die Kinderzahl mit 0,77 den niedrigsten jemals gemessenen Wert (vgl. Statistisches Bundesamt 2014). Nach den 1990er Jahren, während denen praktisch nur noch eine halbierte Kinderzahl zur Welt kam, stieg die Fertilitätsrate wieder und näherte sich bald dem Westniveau an. Aktuell liegt sie im Osten mit 1,49 sogar leicht über dem bundesweiten Durchschnitt (vgl. Statistisches Bundesamt 2015). Einen weiteren Rückgang der absoluten Kinderzahlen kann dies jedoch nicht verhindern, denn die »halbierte Generation« der 1990er Jahre kommt bald ihrerseits ins Familiengründungsalter.

Exodus der jungen Frauen

Als im November 1989 die Mauer fiel, eröffnete das den DDR-Bürgern eine bis dahin weitgehend versperrte Möglichkeit: Sie konnten ihren angestammten Wohnort verlassen und anderswo ihr Glück suchen. Die Befürchtung, es könnte binnen weniger Monate zu einer Massenabwanderung aus dem Osten Deutschlands

* Dr. Reiner Klingholz ist Geschäftsführender Direktor des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung.

kommen, bewahrheitete sich zwar nicht. Aber seit der Wende haben die neuen Bundesländer unterm Strich rund 1,8 Mio. Menschen an den Westen verloren. Besonders in den ersten Jahren nach der Öffnung der deutsch-deutschen Grenze zog es viele Menschen in die alten Bundesländer. In den folgenden Jahren ebnete der Wanderungsstrom gen Westen zwar ab, in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre setzte mit dem Ende des anfänglichen, vor allem durch die Bauwirtschaft ausgelösten Wirtschaftsaufschwungs im Osten jedoch eine zweite Abwanderungswelle ein, die 2001 ihren Höhepunkt erreichte. Seitdem geht die Abwanderung aus dem Osten zurück, und der Saldo zwischen Ost und West ist mittlerweile nahezu ausgeglichen (vgl. Statistisches Bundesamt 2000). Doch trotz des ausgeglichenen Wanderungssaldos mit dem Westen können nur wenige ostdeutsche Kreise eine Nettozuwanderung verbuchen.

Jung und qualifiziert

Wer im Saldo seine ostdeutsche Heimat verließ, war häufig jung, qualifiziert und weiblich. Die Fortzugsrate unter den Bildungswanderern, also jenen im Alter zwischen 18 und 25 Jahren, und den Berufswanderern (25 bis 30 Jahre) war deutlich höher als in den übrigen Altersgruppen (vgl. Kubis 2008). Zwischen 1991 und 2006 ging über die Hälfte der Wanderungsverluste Ostdeutschlands auf die jungen Erwachsenen im Alter zwischen 18 und 30 zurück – unter ihnen überproportional viele mit Abitur oder Fachhochschulreife (vgl. Schneider 2005). Der Osten verlor so viele seiner besten Köpfe, was zwar vorübergehend den Arbeitsmarkt entlastete, aber langfristig ein großer Verlust für die Wirtschaft war.

Eine Folge der Wanderungsbewegungen war ein Mangel an jungen Frauen im Osten. Bereits im Jahr 1995 gab es in der Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen etwa 10% mehr Männer als Frauen (vgl. Kröhnert und Klingholz 2007). Grund hierfür war allerdings nicht, dass Frauen ihre Heimat häufiger Richtung Westen verlassen haben als Männer, sondern dass umgekehrt deutlich mehr Männer aus dem Westen in den Osten zogen. Ihr Anteil unter den Wanderern gen Osten lag etwa im Jahr 1991 bei annähernd 70% (vgl. Statistisches Bundesamt 2000). Viele von ihnen dürften Rückkehrer gewesen sein, die sich zuvor in den Westen aufgemacht, dort aber vermutlich weniger Wurzeln geschlagen hatten als die Frauen oder beruflich nicht zufrieden waren. Der anhaltende Männerüberschuss unter den Zuzüglern wirkt sich bis heute auf das Geschlechterverhältnis in vielen ostdeutschen Regionen aus. Mit Ausnahme weniger Universitätsstädte zeigte sich 2005 im Osten fast flächendeckend ein massives Ungleichgewicht. In einigen Landkreisen wie Elbe Elster, Parchim oder Demmin kamen zu diesem Zeitpunkt in der Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen auf 100 Männer keine 80 Frauen (vgl. Kröhnert und Klingholz 2007).

Raus aus den Städten

Während die einseitige Ost-West-Wanderung nach der Wiedervereinigung ein großes öffentliches Thema war, fand ein weiterer Trend in Ostdeutschland lange wenig Beachtung. Dort zog es die Menschen zunächst aus den großen Städten in die neu gebauten Eigenheime im Umland. Diese Entwicklung hatte sich in Westdeutschland bereits seit den 1960er und 1970er Jahren gezeigt. Trotz der zeitlichen Verzögerung ähnelten sich die Gründe für die sogenannte Suburbanisierung: Es war der Wunsch nach dem »Wohnen im Grünen«, der die Menschen in West wie Ost aus den Zentren trieb, nur im Osten war das erst nach der Wende möglich (vgl. Wilhelm 2000). Kreise im Umland der großen Zentren wie Bad Doberan bei Rostock oder der Halle umschließende Saalkreis gewannen deutlich an Einwohnern hinzu – zu Lasten der ostdeutschen Großstädte (vgl. Schlömer 2004). Der Traum vom Eigenheim mit Jägerzaun ist aber zum Teil schon wieder verfliegen, und einige der Gebiete, die nach der Wende mit Einfamilienhäusern zugebaut wurden, verlieren nun Bewohner. Weite Wege zum Arbeitsplatz und die milliardenschwere Aufwertung der Stadtkerne haben viele Menschen in die Zentren zurückgelockt, vor allem nach Berlin, Leipzig oder Dresden.

Im Osten und Westen gleichen sich die Wanderungsmuster an

Damit werden sich die Wanderungsbewegungen in Ost und West immer ähnlicher: Denn bundesweit verstärkt sich die Landflucht aus den dünn besiedelten und entlegenen Regionen, wobei sie im Osten bereits die Landkreise im Umland der Städte erfasst. Im Wesentlichen gibt es dafür zwei treibende Kräfte: Zum einen zieht es viele junge Menschen zum Studium und auf der Suche nach einem Ausbildungs- oder Arbeitsplatz in die wenigen großen Zentren. Zum anderen verlassen die Menschen die Städte seltener als früher zur Familiengründung, um sich im Umland niederzulassen (vgl. Sander 2014). Nach der Ost-West-Wanderung ist längst die Land-Stadt-Wanderung in den Vordergrund gerückt – und zwar bundesweit.

Die Abwanderung der vorwiegend jüngeren Menschen und der Einbruch bei den Geburtenzahlen spiegeln sich auch in der Altersstruktur der ostdeutschen Bevölkerung wider, die zum Zeitpunkt des Mauerfalls deutlich jünger war als die westdeutsche. Zwar altert die Bevölkerung bundesweit, aber anders als im Westen verschärft das Fehlen der jüngeren Bevölkerung diesen Prozess im Osten zusätzlich (vgl. Die Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer 2015). So sank der Jugendquotient, also die Anzahl der unter 20-Jährigen je 100 Menschen im Alter von 20 bis 65 Jahren, zwischen 1991 und 2013 in den neuen Bundesländern ohne Berlin von knapp 40 auf 25, im Westen ging dieser le-

diglich von rund 33 auf 31 zurück. Gleichzeitig stieg die Zahl der über 64-Jährigen je 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter im Osten von 23 auf 39 und im Westen von 24 auf 33.

Die Wiedergeburt weniger Städte

In den neuen Bundesländern vollzog sich in den 1990er Jahren der Bevölkerungsrückgang nahezu flächendeckend. Auch die Großstädte konnten sich dieser Entwicklung nicht entziehen (vgl. Gödecke-Stellmann und Wagener 2010). Sie litten noch unter den Jahrzehnten sozialistischer Stadtentwicklung, die um die historisch gewachsenen Innenstädte herum Plattenbauten hochzog, während die alten Häuser dort verfielen. Als Wohnort waren die Städte damit kaum attraktiv. So ist es wenig verwunderlich, dass es die Menschen unmittelbar nach der Wende ins Stadtumland zog. Erst durch eine Vielzahl an Förderprogrammen gelang es, die Innenstädte wieder aufzuwerten und zumindest in einigen Großstädten Ostdeutschlands eine Trendwende herbeizuführen.

Für Städte wie Potsdam, Dresden, Jena oder Leipzig scheinen die Zeiten schrumpfender Bevölkerung zumindest vorerst vorbei zu sein. Doch von den 132 größten ostdeutschen Städten haben gerade einmal 15 diese Trendwende geschafft. In 101 von ihnen herrscht hingegen seit 1990 ein permanenter Bevölkerungsrückgang. Einige wie Suhl, Eisenhüttenstadt oder Hoyerswerda haben bereits annähernd die Hälfte ihrer Bevölkerung eingebüßt (vgl. Kaufmann 2015).

Ländliche Regionen verlieren – in Ost wie West

Abseits dieser Ballungsräume, in den entlegenen Landstrichen, verschärft sich indes der Bevölkerungsschwund. Vorreiter waren hier die ohnehin schon dünn besiedelten Regionen in den neuen Bundesländern. Längst weitet sich das Schrumpfen auch auf das frühere Bundesgebiet aus. In Nordhessen, der Südwestpfalz oder Oberfranken verstärkt sich der demographische Abwärtstrend. Die demographische Trennlinie verläuft damit zunehmend nicht mehr zwischen Ost und West, sondern zwischen den großen, wirtschaftsstarke Städten und den ländlichen Regionen weitab attraktiver Zentren.

Eine Trendwende ist derzeit nicht in Sicht. Denn vor allem junge Landbewohner zieht es zur Ausbildung in die Ballungsräume, in denen sie später auch eher einen Arbeitsplatz finden, der ihren Qualifikationen entspricht. Für die ländlichen Regionen führt dies zu einem doppelten Verlust. Zum einen verlieren sie durch die Abwanderung direkt an Bevölkerung, zum anderen gehen mit den jungen Menschen zugleich auch die potenziellen Familiengründer, und es fehlt ihnen daher an Nachwuchs.

Große Unbekannte: Zuwanderung

Um die Lücken auf dem Arbeitsmarkt zu füllen, warb die DDR einst Kräfte aus den sozialistischen Bruderstaaten an. Bis Mitte der 1980er Jahre kamen etwa 500 000 Personen in die DDR, unter anderem aus Polen, Ungarn, Algerien, Kuba, Mosambik, Angola, Vietnam und China (vgl. Butte-regge 2005). Ihr Aufenthalt war zeitlich strikt begrenzt und der Austausch mit der einheimischen Bevölkerung ausdrücklich nicht erwünscht. Integration war somit weder politisch gewollt noch fand sie de facto statt. Zur Wende lebten nur gut 190 000 Ausländer in der DDR und machten in etwa 1% der Bevölkerung aus (vgl. Bade und Oltmer 2005). Viele von ihnen kehrten danach auf Wunsch und mit finanzieller Unterstützung der Bundesregierung in ihrer Heimat zurück. Erst im Jahr 1993 beschloss die Regierung des vereinten Deutschlands eine Bleiberechtsregelung unter bestimmten Voraussetzungen (vgl. DGB Bildungswerk 2005).

Direkt nach der Wende prägten hauptsächlich Aussiedler (seit 1993 Spätaussiedler genannt) die Zuwanderung nach Ostdeutschland. Sie bilden heute die mit Abstand größte Migrantengruppe in West- und Ostdeutschland. Als einzige Gruppe haben sie sich zudem über das ganze Land niedergelassen – auch weil ihre Ansiedlung staatlich gelenkt wurde. Dennoch leben in den ostdeutschen Flächenländern bis heute lediglich 4 bis 5% Menschen mit Migrationshintergrund, gegenüber rund 25% in den meisten Westbundesländern. Sie weisen im Osten deutlich bessere Bildungsabschlüsse auf als die einheimische Bevölkerung, können sich aber auf dem schwachen Arbeitsmarkt nur schwer behaupten (vgl. Woellert und Klingholz 2014).

Die Einstellungen gegenüber Migranten unterscheiden sich ebenfalls. So wird die Aufnahmebereitschaft der einheimischen Bevölkerung in den ostdeutschen Bundesländern als geringer eingestuft als in den westdeutschen (vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 2012). Zudem driften die beiden Teile bezüglich ihrer Vorbehalte immer weiter auseinander: Während es 2012 kaum Unterschiede in der Willkommenskultur zwischen Ost- und Westdeutschland gab, sagte 2015 nur jeder zweite Ostdeutsche, dass Zuwanderer in der Bevölkerung willkommen seien, während es in Westdeutschland zwei von drei waren (vgl. Bertelsmann Stiftung 2015). Bleibt es bei dieser Tendenz, kann Zuwanderung kaum als erfolgreiche Strategie zur Abfederung des fortgeschrittenen demographischen Wandels in den ostdeutschen Bundesländern dienen.

Literatur

Bade, K. und J. Oltmer (2005), *Migration, Ausländerbeschäftigung und Asylpolitik in der DDR*, bpb Migrationspolitik in der DDR, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.

Bertelsmann Stiftung (2015), *Willkommenskultur in Deutschland: Entwicklungen und Herausforderungen. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage in Deutschland*, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

Butteregge, C. (2005), *Migration in Ost- und Westdeutschland von 1955 bis 2004*, bpb Dossier Migration, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.

Damm, Th., D. Geyer, V. Kreuter, K. Maget, R. Müller, W. Rösler, F. Sievers, St. Sievert, M. Slupina, N. Storz, S. Sütterlin, F. Woellert und R. Klingholz (2015), *So geht Einheit. Wie das einst geteilte Deutschland zusammengewachsen ist*, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Berlin.

DGB Bildungswerk (2005), »50 Jahre (Arbeits-)Migration in Deutschland«, verfügbar unter: http://www.migration-online.de/sub/jdown_dGFibGU9cHVib-GlrYXRpb25lbiZhbnXA7ZmlibGQ9ZGF0ZWkmYW1wO2lkPTQ0MDc_.html.

Die Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer (2015), »Demographische Situation in den ostdeutschen Ländern«, Berlin, verfügbar unter: http://www.beauftragte-neue-laender.de/BNL/Navigation/DE/Themen/Gleichwertige_Lebensverhaeltnisse_schaffen/Demografie/Demografische_Situation/demografische_situation.html.

Göddecke-Stellmann, J. und Th. Wagener (2010), »Die Städtebauförderung – ein wichtiger Begleiter des ostdeutschen Transformationsprozesses«, *Informationen zur Raumentwicklung* (10/11), 745–758.

Goldstein, J.R., M.R. Kreyenfeld, J. Huinink, D. Konietzka und H. Trappe (Hrsg.) (2010), *Familie und Partnerschaft in Ost- und Westdeutschland. Ergebnisse im Rahmen des Projektes »Demographic Differences in Life Course Dynamics in Eastern and Western Germany«*, Max-Planck-Institut für demographische Forschung, Rostock.

Kaufmann, A. (2015), »Im Fokus: Bevölkerungsentwicklung der ostdeutschen Städte 1990 – Fiktion oder Wirklichkeit?«, *Wirtschaft im Wandel* 21, 8–11.

Kröhnert, S. und R. Klingholz (2007), *Not am Mann. Von Helden der Arbeit zur neuen Unterschicht?*, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Berlin.

Kubis, A. und L. Schneider (2008), *Wanderungsverhalten der Ostdeutschen*, Institut für Wirtschaftsforschung Halle, Halle.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2012), *Integration im föderalen System: Bund, Länder und die Rolle der Kommunen*, Jahresgutachten 2012 mit Integrationsbarometer, Wiesbaden.

Sander, N. (2014), *Internal Migration in Germany, 1995–2010: New Insights into East-West Migration and Re-urbanisation*, Federal Institute for Population Research, Wiesbaden.

Schlömer, C. (2004), »Binnenwanderungen seit der deutschen Einheit«, *Raumforschung und Raumordnung* 62(2), 96–108.

Schneider, L. (2005), *Ost-West-Binnenwanderung: Gravierende Verlust an Humankapital*, Institut für Wirtschaftsforschung Halle, Halle.

Statistisches Bundesamt (2000), *Wanderung. Fachserie 1. Reihe 1.2*. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2013), *Geburtentrends und Familiensituation in Deutschland 2012*, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2014), *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Fachserie 1. Reihe 1.1*, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2015), *Zusammengefasste Geburtenziffer nach Kalenderjahren*, Berlin.

Wilhelm, H. (2000), »Angleichung der Wohnverhältnisse in Ost und West«, *Deutschland Archiv* 33(6), 901–914.

Woellert, F. und R. Klingholz (2014), *Neue Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland*, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Berlin.